



HESSISCHER LANDTAG

19. 01. 2020

KPA

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten**

Politische Bildung und Demokratieverziehung in Zeiten zunehmenden Extremismus von großer Bedeutung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich dazu, dass es eine fortwährende Aufgabe und unsere Verantwortung als Demokratinnen und Demokraten ist, die Erinnerung an die Verbrechenherrschaft des Terrorregimes der Nazi-Diktatur und die Gräueltaten des Holocausts wach zu halten. Die rechtsextremistischen Terrorakte der letzten Jahre in Hessen und Deutschland verdeutlichen auf schmerzliche Weise, wie unverzichtbar die Anerkennung gemeinsamer Grundwerte und ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus für eine demokratische Gesellschaft sind.
2. Der Landtag stellt fest, dass in Zeiten, in denen Extremismus, Gewalt, Hass und Hetze zunehmen, der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zukommt. Die Schulen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Insbesondere die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ist wichtiger Bestandteil der politischen Bildung und Demokratieverziehung in unserem Land und im Kampf gegen Antisemitismus, Antijudaismus und Rassismus unerlässlich. Die Behandlung der Themen Nationalsozialismus und Shoa im Unterricht ist bis zum Abschluss der Mittelstufe verpflichtend und in der gymnasialen Oberstufe in den hessischen Kerncurricula Geschichte vorgesehen. Auch in den Fächern Politik und Wirtschaft, im Deutsch- und im Fremdsprachenunterricht sowie im Religions- und Ethikunterricht bestehen Anknüpfungspunkte an den Themenkomplex.
3. Der Landtag erkennt an, dass alle Schulen in Hessen die Möglichkeit haben, Gedenkstätten und Erinnerungsorte zum Gedenken der Opfer und zur Mahnung der Lebenden gegen Gewalt jedweder Art inner- oder außerhalb Hessens zu besuchen. Das Land Hessen unterstützt die Gedenkstättenarbeit mit Schülerinnen und Schülern nachhaltig. Möglichst alle hessischen Schülerinnen und Schüler sollten mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte besuchen. Der Gedenkstättenbesuch von Schülerinnen und Schülern soll dabei qualitativ hochwertig pädagogisch begleitet werden.
4. Der Landtag betont die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit auch während der Corona-Pandemie. Er begrüßt deshalb die begonnene Digitalisierung der Angebote einiger hessischer Gedenkstätten und die damit verbundenen Möglichkeiten, auf die vielfältigen Bildungsangebote der Einrichtungen aus der Ferne zuzugreifen und diese in den Schulunterricht zu integrieren. Online-Angebote zur Wissensvermittlung, Videokonferenzen mit pädagogischem Personal der Gedenkstätten oder Videointerviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie virtuellen Live-Rundgängen bieten Chancen, noch mehr Jugendliche auch außerhalb von Besuchen der Gedenkstätten vor Ort zu erreichen.
5. Im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ werden umfangreiche Maßnahmen und Beratungsangebote einer Vielzahl von Trägern zu allen Phänomenbereichen des Extremismus gefördert. Im Zuge der COVID-19-Pandemie sind viele digitale Angebote entstanden, die auf schulische Belange ausgerichtet sind und sich primär an Jugendliche wenden. Das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), das im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport angesiedelt ist, fungiert dabei als zentraler Ansprechpartner in Hessen bei Fragen zu bestehenden oder geplanten Programmen und Projekten – auch zu digitalen Formaten

der Vermittlungs- und Erinnerungskultur. Gegenstand eines aktuellen Förderaufrufs sind Projekte zur „Bewahrung lebensgeschichtlicher Erinnerungen“ (Vermittlung von Lebenserinnerungen von Überlebenden des Holocaust als digitales Angebot) sowie zur „Vermittlung jüdischen Lebens“ (Erstellung eines Angebots, das jüdisches Leben in der Gegenwart vermittelt). Das im Aufbau befindliche Projekt „Zeitzeugenmemorial“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, in dem Digitalprojekte der Gedenkstätten Schiffersgrund, Point Alpha sowie die im Aufbau befindliche Gedenkstätte „Notaufnahmelager Gießen“ verknüpft werden, zielt auf digitale Synergieeffekte unter den Gedenkstätten ab.

6. Der Landtag weist darauf hin, dass grundsätzlich als Ergänzung zu Gedenkstättenbesuchen auch Zeitzeugengespräche oder zum Beispiel der Besuch des interaktiven Lernlabors zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung der Bildungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt am Main, der Besuch des Jüdischen Museums der Stadt Frankfurt am Main und des Fritz-Bauer-Instituts sowie die Inanspruchnahme der dort angebotenen Workshops Schülerinnen und Schüler für die Thematik sensibilisieren und dazu beitragen können, sich kritisch-reflektierend mit den Ursachen und Folgen von Rassismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der Landtag ermutigt alle Lehrkräfte in Hessen, sich aktiv an dieser Gedenkarbeit und Demokratieerziehung zu beteiligen und entsprechende Bildungsangebote in den Unterricht zu integrieren.
7. Der Landtag wirbt dafür, dass Jugendliche Gedenkstätten und Gedenkorte besuchen und Schulen weiterhin großen Wert auf entsprechende Fahrten legen sowie auf die Nutzung alternativer Bildungsangebote der Gedenkstätten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Januar 2021

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock